

## WIRTSCHAFT UND RECHT IM RÖMISCHEN REICH\*

### Eine Skizze zum römischen „Kartellrecht“

DR. GÁBOR HAMZA

Universitätsdozent

#### I.

1. Im Bereich der römischrechtlichen Forschungen wird immer mehr einleuchtend, dass die Analyse der Rechtssätze sowie Institutionen dieses antiken Rechts nur auf der Basis der wirtschaftlichen und sozialen Struktur erfolgreich sein kann. Ohne entsprechende Rücksichtnahme auf die sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe bleiben die Untersuchungen der Romanisten ohne Erfolg. Dafür, dass die Erfassung von einer Reihe von Fragen ausschliesslich durch Analyse dieser Art fruchtbringend ist, erbringt z. B. das Problem des Interdiktenbesitzes des Pfandgläubigers einen eindeutigen Beweis. Das sog. Rätsel des Interdiktenbesitzes des Pfandgläubigers, das damit zusammenhängt, dass er im Gegensatz zum Mieter den Besitzschutz in Form eines Interdikts hat, lässt sich mit Heranziehung des wirtschaftlichen Hintergrundes lösen. Die Zurückführung des Interdiktenbesitzes des Pfandgläubigers auf „geschichtliche“ und „praktische“ Gründe alleine ist zu wenig.<sup>1</sup>

Nicht einmal die Hypothese, aufgrund deren der Pfandgläubiger „als Träger eines funktionell geteilten Eigentums“<sup>2</sup> betrachtet wird, kann zur Lösung des Problems beitragen.<sup>3</sup> Die Schutzbedürftigkeit des Pfandgläubigers lässt sich letzten Endes nicht nur auf die vermeintlich nicht ausreichende Zahlungskraft des Schuldners zurückführen.<sup>4</sup> Der wahre Grund dafür liegt im erheblichen Unterschied der Stellung, die sozial bedingt ist, des Mieters und des Pfandgläubigers. Aus diesem Unterschied ergibt sich noch, dass der Prekarist (*precario habens*) auch den Interdiktenschutz erhält. Der Prekarist, der ursprünglich dem Geber gegenüber im Klientenverhältnis gestanden haben soll – daher allem Anschein nach die Möglichkeit des Widerrufs zu jeder Zeit seitens des *precario dans*<sup>5</sup> – ist noch immer wesentlich besser gestellt, als der einfache Mieter, dessen soziales Ansehen bei den Römern stets niedrig war.<sup>6</sup>

2. Durch die Erhellung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen wird ermöglicht, im Bereich der juristischen Formen des römischen Rechts den Lehren und Konstruktionen des modernen Zivilrechts eine Rolle beizumessen. Die eingehende Analyse der wahren wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Grundlagen vermag die sog. Begriffsjurisprudenz vom Terrain der römischrechtlichen Forschungen fernzuhalten. Die Begriffsjurisprudenz, die in Deutschland zweifelsohne grosse Verdienste im Prozess der Vereinheitlichung der vielen Partikularrechte hatte, war Erbe der mittelalterlichen Scholastik.<sup>7</sup> In Deutschland ist die Rechtssprechung – im Gegensatz zu England und Frankreich – eine Art „Beamtenrechtssprechung“ geworden,<sup>8</sup> die einen „gelehrten Richter“ brauchte, der „kraft seiner wissenschaftlichen Kenntnis vom Recht das geltende Recht“<sup>9</sup> anwandte.

Innerhalb der Begriffsjurisprudenz kommt den Rechtsbegriffen eine entscheidende Rolle zu. Deswegen wird diese Richtung als ein Verfahren bezeichnet, das mit Subsumption eines Sachverhaltes unter vorgegebene Elemente eines dogmatischen Begriffs arbeitet.<sup>10</sup> Der Mangel der „Begriffs- oder Konstruktionsjurisprudenz“ besteht vor allem darin, dass die Beziehung des Begriffsmerkmals auf den Sachverhalt unkontrollierbar werden kann. Die Begriffsjurisprudenz, die wohl mit Recht als „Inversionsmethode“ bezeichnet wird,<sup>11</sup> wird bald von der sog. Interessenjurisprudenz bekämpft. Mit Grund betont Seidl, dass der Name „Interessenjurisprudenz“ nur „pars pro toto“ zum Ausdruck bringt.<sup>12</sup> Die Interessenjurisprudenz will alles aus den entgegengesetzten Belangen erklären, was selbstverständlich häufig zu unhaltbaren Konsequenzen und Widersprüchen führt. Ausser den Interessen gibt es noch Tatsachen, die für die dogmatische Lösung von Problemen von Belang sein können. In diesen Bereich gehören z. B. die sog. Machtlage<sup>13</sup>, das Beherrschungsvermögen und das Risiko.

3. Selbst die Römer haben schon erkannt, dass eine Lösung nicht nur unter Heranziehung von Begriffen möglich ist. Den eindeutigen Beweis dafür erbringt die bekannte Julianstelle, die auf den Utilitätsgedanken Bezug nimmt.<sup>14</sup> Seidl gebührt das Verdienst, die Rolle der Machtlage bei den Entscheidungen der römischen Juristen als erster erkannt und an Beispielen von Fällen erörtert zu haben.<sup>15</sup> Die Analyse einiger Entscheidungen beweist, dass sich keineswegs alles auf das Verschuldensprinzip zurückführen lässt.<sup>16</sup>

4. Auch diese herausgegriffene Beispiele sind als Beweise dafür zu bewerten, dass die Dogmen des modernen Zivilrechts im Rahmen der Erforschung der Quellen des römischen Rechts eine Rolle spielen können. Man kann Wenger nur Recht geben, der die „Prüfstein“ – Rolle der modernen Rechtsentwicklung in bezug auf die richtige Interpretation der römischrechtlichen Fragmente betont.<sup>17</sup> Schon deswegen scheint berechtigt zu sein, dem Methodenstreit innerhalb der modernen Zivilistik, der vor allem in der Gegenüberstellung „Begriffsjurisprudenz“ und „Interessenjurisprudenz“ zum Ausdruck kommt, auch bei der Analyse der Quellen des römischen Rechts Rechnung zu tragen.<sup>18</sup>

Ungeachtet dessen besteht unseres Erachtens dieser Gegensatz, dass die Fälle bei den Römern keinem geschlossenen Begriffssystem untergeordnet waren. Häufig wird sichtbar, dass die römischen Rechtsgelehrten das Recht nicht unbedingt mit Hilfe einer Deduktion aus den vorgegebe-



nen Rechtsquellen bzw. Rechtssätzen (*ex regulis*) schöpfen. Sehr oft ist eine derartige Erfassung der Fallprobleme zu finden, die vielmehr an der individuellen theoretischen oder praktischen Einstellung der Rechtsgelehrten orientiert ist. Das ist gerade das Terrain, wo die unterschiedlichen Erscheinungsformen unter anderem der sog. Interessenjurisprudenz, um wieder diese umstrittene Kategorie der modernen Zivilistik zu benutzen, sichtbar werden. Mit Rücksicht darauf, dass derartige Entscheidungen nicht nur vereinzelt zu finden sind, kann nicht nur vom „Sonderinteresse des Einzelfalls“<sup>19</sup> die Rede sein.

## II.

1. Man kann sich aber nicht damit begnügen, den heute in der modernen Zivilistik herrschenden Methodenstreit auf die Entscheidungen der römischen Rechtsgelehrten zu übertragen. Die Aufhellung der wahren wirtschaftlichen Grundlagen von bestimmten Entscheidungen und gesetzlichen Massnahmen kann sowohl für die Forschungsarbeit im Gebiet des römischen Rechts als auch im Bereich der modernen Zivilistik fruchtbringend sein. In diesem Aspekt scheint ein Bereich bisher kaum in Betracht gezogen worden zu sein, obwohl dessen Beachtung viel mehr Forschung wert gewesen wäre. Dieses Terrain ist die Rolle der staatlichen Organe im Wirtschaftsleben oder – anders formuliert – die Bedeutung der staatlichen Einflussnahme auf die Entwicklung der Wirtschaft.

2. Die Vorstellung, die das Wirtschaftsleben in Rom – vor allem in der Epoche der ausgehenden Republik und der Prinzipatszeit – als „primitiv“ bezeichnet, ist vollkommen fehlerhaft. In der erwähnten Periode war ein blühender Handel vorhanden, was die verschiedensten Ausgrabungsfunde beweisen.<sup>20</sup> Wie darauf in der Sekundärliteratur häufig verwiesen wird, soll einen grossen Teil des Handels – was sein Gesamtvolumen angeht – die Versorgung Roms und anderer bedeutender Grossstädte mit verschiedenen Waren, vor allem Getreide, ausgemacht haben.<sup>21</sup> Die Versorgung Roms und anderer Städte mit Lebensmitteln, die eine staatliche Aufgabe darstellte, erfolgte durch private Händler, die sich nicht selten in Vereinigungen (*societates*) zusammenschliessen. Dies widerspricht nicht der Behauptung, dass es in Rom Handelsvereine im eigentlichen Sinne noch nicht gab.<sup>22</sup>

Auf diese Weise behielt der Handel im wesentlichen, auch im Laufe des zweiten und dritten Jahrhunderts u. Z., seinen individualistischen Charakter.<sup>23</sup> Selbst die erwähnten Vereinigungen hatten kaum Einfluss auf die praktische Ausübung der Tätigkeit ihrer Mitglieder.<sup>24</sup> Als Ausnahmefall ist anzusehen, wenn jemand innerhalb dieser Handelsgesellschaft eine überragend grosse Rolle hatte, wie dies nach Plutarch<sup>25</sup> bei Cato Censorius, im Bereich seiner, auf seine Initiative zurückgehenden „Kommanditgesellschaft“<sup>26</sup> der Fall war.

Die verbandsmässigen oder vereinigungsähnlichen Organisationen waren aber dazu geeignet, dem Staat bei der Versorgung Roms behilflich

zu sein, ohne deren Hilfe der Staat nicht in der Lage gewesen wäre, dieser schwierigen und komplizierten Aufgabe nachzukommen. Allein diese Situation beweist, dass der Staat notwendigerweise auf den Handel Einfluss ausüben sollte.<sup>27</sup> Diese Einflussnahme war schon deswegen verständlich, weil der Staat – vor allem in der Prinzipatszeit – in zunehmendem Masse auf die Sicherung der materiellen Bedürfnisse (wie z. B. Ausbau der Häfen) des Seehandels Wert legte.<sup>28</sup> Als Folge dieser „Fürsorge“ seitens des Staates ist dann zu bewerten, dass auch die Bindung der Vereinigungen im Fernhandel an den Staat durch munus, Liturgie und Reglementierung stärker wird.<sup>29</sup>

3. In den Bereich der Einschränkungen gehört unter anderem die Einflussnahme des Staates auf die Preisbildung, da die Preissteigerung bzw. die darauf abgestellte Tendenz seitens einiger kartellähnlicher Vereinigungen immer sichtbarer wird. Dieser Themenkreis hat aber im Schrifttum bisher keine entsprechende Beachtung gefunden. Da dieses Problem aufs engste mit der oben angeschnittenen Frage der Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, d. h. zwischen rechtlicher Regelung und Wirtschaftsleben, zusammenhängt, bedarf dieses einer eingehenderen Untersuchung.

4. In den Studien über die Geschichte der monopolistischen Bestrebungen wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Kartelle und Trusts des modernen Kapitalismus Erscheinungen sind, die auch geschichtliche Vorläufer haben.<sup>30</sup> Das trifft auch auf die Antike zu. Der Mechanismus von Kartellen, d. h. das Bestreben von Vereinigungen, bestimmenden Einfluss auf einen Gütermarkt zu gewinnen, scheint schon in der Antike verwurzelt zu sein.

Da aber der Mechanismus von Kartellen von den Romanisten als ein par excellence neuzeitliches Phänomen aufgefasst wurde, ist es nicht dem Zufall zuzuschreiben, dass auch das entsprechende Interesse dafür kaum nennenswert ist. Es sind dann dementsprechend manche Nicht-Romanisten, wie Menzel, Steinbach, Strieder, Lehnich, Isay, Stied und Herlitzka, die gelegentlich und sporadisch in ihren werken (Handbüchern, Abhandlungen und Monographien) mit Rücksicht auf die Existenz einiger gesellschaftlicher Zusammenschlüsse bei den Römern auch auf das sog. römische Kartellrecht Bezug nehmen.<sup>31</sup> Abgesehen von einer äusserst vagen Anspielung auf die Existenz eines „Kartellverbots“ in einer Komödie von Plautus,<sup>32</sup> gibt es erst im Laufe der Prinzipatszeit Quellen, in denen dieses Verbot angeschnitten wird oder sonstwie Erwähnung findet. Kartelle sind auch bei den Römern Veranstaltungen privater Unternehmen. Sie bewegen sich im Rahmen des Normengebäudes des römischen Privatrechts als dessen Subjekte. Da die eventuellen Regelungen hinsichtlich des Marktes zugleich Verträge d. h. Einigungen sind, spielt dabei auch die Privatautonomie der Vertragspartner eine Rolle.<sup>33</sup> Sollte dann der Staat auf eine bestimmte Art und Weise auf diese Marktregelungen Einfluss nehmen, wäre dies folgerichtig mit einer Beschränkung der Privatautonomie gleichbedeutend. Diese Beeinflussung der Marktregelungen seitens des Staates ist sowohl in theoretischem Aspekt als auch in praktischer



Hinsicht als Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft — deren Mittel das Recht darstellt — zu bewerten.

5. Und jetzt wenden wir uns der Analyse der uns zur Verfügung stehenden Quellen zu. Drei ist die Anzahl von den Quellen, die hinsichtlich unseres Problems aufschlussreich sind. Zwei Fragmente aus den Digesten und eine Stelle aus dem Codex Iustinianus sind für unsere Frage von Belang.<sup>34</sup>

Wir befassen uns zunächst mit der Ulpianstelle, die uns im Digestentitel „De lege Iulia de annona“ überliefert ist.

„Lege Iulia de annona poena statuitur adversus eum, qui contra annonam fecerit societatemve coierit, quo annona carior fiat. Eadem lege continetur, ne quis navem nautamve retineat aut dolo malo faciat, quo magis detineatur: et poena viginti aureorum statuitur.“ (D. 48, 12, 2)

Die Stelle, die sich im neunten Buch des Werkes des Rechtsgelehrten „De officio proconsulis“ befindet,<sup>35</sup> weist auf eine gewisse „Lex Iulia de annona“<sup>36</sup> hin. Ulpian, der selber nach dem Beginn der Alleinregierung des Severus Alexander praefectus annonae war<sup>37</sup> — auch wenn er dieses Amt nur für ein Paar Monate innehatte — führt in diesem Fragment die Sanktionen des erwähnten Gesetzes aus. Laut der „Lex Iulia de annona“ wird derjenige bestraft, der entweder eine kornwucherische Handlung verübt hat oder eine Gesellschaft (societas) eingegangen ist, um das Korn teurer zu machen d. h. um dessen Preis zu steigern. Ausserdem soll laut Gesetz niemand ein Schiff oder einen Schiffer zurückhalten oder sonstwie arglistigerweise bewirken, dass dies geschehe. Die Höhe der Strafe wird auf 20 Goldstücke festgesetzt.<sup>38</sup>

Da für die reibungslose Versorgung Roms mit Weizen bzw. Getreide der Staat selbst die Verantwortung trug, ist es kaum verwunderlich, dass er sich auch um dessen Preis sorgfältig kümmerte. Einer ähnlichen staatlichen Fürsorge begegnen wir auch im antiken Athen, wie darauf nach eingehender Analyse der Quellen kürzlich Vélissaropoulos hingewiesen hat<sup>39</sup>. In Rom schützte die „Lex Iulia de annona“<sup>40</sup> den Getreidehandel gegen jegliche künstliche Preissteigerung. Hohe Geldbusse drohten folglich demjenigen, der eine Steigerung des Getreidepreises gleichgültig in welcher Weise verursacht hat. Die Getreideversorgung Roms hatte zwei Quellen<sup>41</sup>. Diese erfolgte entweder in Form einer Grundsteuer in Naturalien d. h. einer Naturallieferung — wobei Ägypten eine überragende Rolle zukam — oder durch den Ankauf von Getreide durch die Staatskasse. Diesmal ist für uns diese zweite Quelle der Versorgung von Belang. Der Ankauf von Getreide bzw. die Abwicklung des ganzen Geschäftes erfolgte durch die negotiatores frumentarii, die grundsätzlich sogar in der Preisgestaltung dieser Ware freie Hand hatten. Für diese freie d. h. im Ermessen der negotiatores liegende Preisgestaltung spricht eine Stelle aus dem Panegyricus von Plinius dem Jüngeren<sup>42</sup>. In seiner Lobrede führt er die Prosperität des Staates und die ausgezeichnete Versorgung Roms auf die Grosszügigkeit Trajans zurück („Emit fiscus quidquid videtur emere.“)<sup>43</sup> Die „satietas“ wird durch die reichlich vorhandene annona ermöglicht. Die Fest-

legung des Preises der annona ist – fährt Plinius d. J. fort – Gegenstand einer freien Vereinbarung zwischen Verkäufer und Käufer“... annona, de qua inter licentem vendentemque conveniet...“<sup>44</sup> bei der Versteigerung d. h. licitatio<sup>45</sup>. Dieser freien Vereinbarung wird durch die „Lex Iulia de annona“ unter bestimmten Voraussetzungen eine Schranke gesetzt.

Dieses Gesetz sieht auch die Eingehung einer societas als strafbar an, deren Zweck es war, den Getreidepreis künstlich hinaufzutreiben. Über diese societas, die wohl eine Handelsvereinigung gewesen sein soll, enthält die Stelle keine weiteren Informationen. Diese societas, die nach Mommsen eine Art „Ringbildung zum Zwecke der Preissteigerung“<sup>46</sup> darstellt, kann sowohl eine Gelegenheitsgesellschaft als auch eine langfristig existierende sog. Dauerbindung gewesen sein. Wie dem auch sei, haben wir mit einer kartellähnlichen Organisation zu tun, deren Tätigkeit per Gesetz verboten wird.

Die Lex Iulia sieht für das „planmässige“ mit verbrecherischer Absicht durchgeführte Aufhalten von Getreideschiffen in entfernt gelegenen Häfen, zwecks Preissteigerung infolge der dadurch in Rom eintretenden Getreideknappheit besondere Strafmassnahmen vor. Obwohl bei diesem Tatbestand nicht ausdrücklich gesagt wird, dass derartige Handlungen nicht zum Inhalt einer „Ringbildung“ gemacht werden dürfen, deutet die Erwähnung der societas im ersten Satz doch darauf hin, dass auch hier an die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mehrerer Unternehmer gedacht wird. Das Gesetz erfasst also auch diejenigen, die lediglich versucht haben – in Form einer Vereinigung – für Waren oder für die deren Transport benötigten Schiffe ein Monopol zu errichten. Das Zurückhalten von Transportschiffen, denen eine wichtige Rolle bei der Versorgung Roms mit Getreide zukam, konnte erhebliche Preissteigerungen mit sich bringen. Wenn man den vorliegenden Tatbestand sorgfältig betrachtet, hat man den Eindruck, dass dem Gesetzgeber im wesentlichen ein Getreidekartell vorgeschwebt haben dürfte, welches eine Art „Preiskartell“ darstellt. Das ausdrückliche Verbot und Bestrafung des Zusammenschlusses – in Form einer societas – von mehreren Personen um eine Verteuerung des Getreidepreises herbeizuführen hängt letzten Endes mit der lebenswichtigen Funktion der annona in der römischen Gesellschaft zusammen. Wenn es um die annona geht, gibt es auch in anderen Aspekten eine Spezialregelung, die von den allgemeinen Regeln abweicht<sup>47</sup>.

6. Die nächste Ulpianstelle befindet sich ebenfalls in den Digesten, ist aber unter dem Titel „Die extraordinariis criminibus“ überliefert.

„Annonam adtemptare et vexare vel maxime dardanarii solent: quorum avaritiae obviam itum est tam mandatis quam constitutionibus. mandatis denique ita cavetur: „Praeterea debetis custodire, ne dardanarii ullius mercis sint, ne aut ab his, qui coemptas merces supprimunt, aut a locupletioribus, qui fructus suos aequis preetiis vendere nollent, dum minus uberes proventus exspectant, annona oneretur.“ poena autem in hos varie statuitur: nam plerumque, si negotiantes sunt, negotiatione eis tantum interdicitur, interdum et relegari solent, humiliores ad opus publicum dari.“ (D. 47, 11, 6, pr.)



Dieses Fragment ist dem achten Buch des oben schon erwähnten Werkes von Ulpian „De officio proconsulis“ entnommen. In dieser Stelle geht es im wesentlichen um die Ausdehnung der in D. 48, 12, 2 ursprünglich nur auf das Getreide bezogenen „Lex Iulia de annona“ auf alle Waren. Ulpian nimmt zunächst auf die „dardanarii“,<sup>48</sup> d. h. auf die Aufkäufer von Getreide Bezug. Zur Zurückdrängung der Tätigkeit der „dardanarii“ sind — fährt der Rechtsgelehrte fort — durch Mandate und Konstitutionen Massnahmen getroffen worden. Durch Mandate ist verordnet worden, dass das Getreide weder durch Aufkaufen noch durch Abpassen einer günstigen Verkaufsgelegenheit verteuert werden kann. Besondere Beachtung verdient weiterhin der Umstand, dass durch diese Mandate der „Dardanariatus“ in jeder Ware untersagt wird („...ne dardanarii ullius mercis sint...“). Die Anspielung auf die „merx“ im allgemeinen ist mit einer Ausdehnung der „Lex Iulia de annona“ auf Waren jeder Art gleichbedeutend. Im letzten Satz äussert sich Ulpian über die verhängten Strafen: sind die „dardanarii“ Negotianten, so wird ihnen in den meisten Fällen bloss ihre Geschäftstätigkeit untersagt, bisweilen werden sie verbannt; die „humiliores“ aber werden zur öffentlichen Arbeit verurteilt. Da der Dardanariat dieser Art nicht unter die Lex Iulia fällt, wird er als *crimen extraordinarium* betrachtet.<sup>49</sup> Strafe wird vorgesehen auch für den Fall, wenn sich die Handelswucher falscher Maasse und Gewichte bedienen, wodurch die Verteuerung der Ware herbeigeführt wird. Für Gebrauch von „staterae adulterinae“ wird die Lex Cornelia de falsis für anwendbar erklärt. In D. 47, 11, 6, 1 weist Ulpian darauf hin, dass Trajan in seinem Edikt die „staterae adulterinae“ in die Kategorie des *falsum* einbezogen hat. Dementsprechend sollen diejenigen, die solche falschen Wagen gebrauchen, wie Testamentsfälscher bestraft werden. Die „dardanarii“ werden weiterhin auch dafür bestraft, wenn sie sich falscher Maasse bedienen, was durch zwei Quellen — D. 47, 11, 6, 2 (Ulpian) und D. 48, 19, 37 (Paulus) — bezeugt wird. Im allgemeinen lässt sich aber feststellen, dass diese Maass- und Gewichtsfälschung gelinder bestraft wurde, als das eigentliche *falsum*.<sup>50</sup>

Diese Quelle erbringt den eindeutigen Beweis dafür, dass die staatliche Einflussnahme auf das Wirtschaftsleben sich nicht nur auf den Bereich der Getreideversorgung Roms beschränkte, sondern den Warenhandel im allgemeinen erfasste. Hinsichtlich des Dardanariats ist noch erwähnenswert, dass dieser in das Gemeine Deutsche Strafrecht Eingang fand. Auf diese Weise wurde die Lex Iulia de annona Ausgangspunkt der Wucherstrafgesetzgebung in Deutschland<sup>51</sup>.

7. Unsere dritte Quelle liegt in Form einer kaiserlichen Konstitution vor.

„Iubemus, ne quis cuiuscumque vestis aut piscis vel pectinum forte aut echini vel cuiuslibet alterius ad victum vel ad quemcumque usum pertinentis speciei vel cuiuslibet materiae pro sua auctoritate, vel sacro iam elicto aut in posterum eliciendo rescripto aut pragmatica sanctione vel sacra nostrae pietatis adnotatione, monopolium audeat exercere, neve quis illicitis habitis conventionibus coniuraret aut pacisceretur, ut species diversorum corporum negotiationis non minoris, quam inter se statuerint,

venumdentur. 1 Aedificiorum quoque artifices vel ergolabi aliorumque diversorum operum professores et balneatores penitus arceantur pacta inter se componere, ut ne quis quod alteri commissum sit opus impleat aut iniunctam alteri sollicitudinem alter intercapiat: data licentia unicuique ab altero inchoatum et derelictum opus per alterum sine aliquo timore dispendii implere omnidque huiusmodi facinora denuntiandi sine ulla formidine et sine iudiciariis sumptibus. 2 Si quis autem monopolium ausus fuerit exercere, bonis propriis spoliatus perpetuiate damnetur exilii. 3 Ceterarum praeterea professionum primates si in posterum aut super taxandis rerum pretiis aut super quibuslibet illicitis placitis ausi fuerint convenientes huiusmodi sese pactis constringere, quinquaginta librarum auri solutione percelli decernimus: officio tuae sedis quadraginta librarum auri condemnatione multando, si in prohibitis monopolis et interdictis corporum pactionibus commissas forte, si hoc evenierit, saluberrimae nostrae dispositionis condemnationes venalitate interdum aut dissimulatione vel quolibet vitio minus fuerit executum. (C.J. 4, 59, 2)

Diese Constitutio des Kaisers Zeno vom Jahre 483 befindet sich unter dem Titel „De monopolis et de conventu negotiatorum illicito vel artificum ergolaborumque nec non balneatorum prohibitis illicitisque pactionibus“. In dieser Quelle werden die Kartelltatbestände auf eine besonders ausführliche Art und Weise erörtert. Im ersten Teil wird die Frage des Monopols angeschnitten. Das „monopolium“, das auch in dieser Form erwähnt wird, ist mit dem Alleinhandel gleichbedeutend. Der Alleinhandel wird ausdrücklich untersagt. Es wird verboten, dass jemand in Gewändern irgendeiner Art oder in Fischen oder etwa in Kämmen oder Seeiegeln oder in irgendeiner anderen zur Speise dienenden Ware oder irgendeinem Stoff einen Alleinhandel ausübe. Es werden auch die Quellen dieses Monopols – das jetzt untersagt wird – aufgezählt. Neben der „eigenen Macht“ – „pro sua auctoritate“ – können noch als Quellen dieses verbotenen Alleinhandels die früher erlassenen oder erst künftig entstehenden Reskripten oder die *pragmatica sanctio* oder die kaiserliche *adnotatio* dienen. Weiterhin wird untersagt, eine Verabredung zu treffen, die darauf abgestellt ist, die Waren in gewissen Handelsartikeln nicht wohlfeiler, als man übereingekommen, zu verkaufen. Den Baumeistern und Bauunternehmern und denen, die andere verschiedentliche Arbeiten betreiben sowie den Badern wird auch verboten, Verabredungen unter sich zu treffen, dass keiner von ihnen eine einem anderen übertragene Arbeit vollende und keiner eine andere obgelegene Besorgung demselben wegnehme. Die Constitutio verfügt, dass jedem freistehen soll, eine von einem anderen angefangene und verlassene Arbeit, ohne irgendeinen Nachteil befürchten zu müssen, zu vollenden. Jeder wird ausserdem ermächtigt, die mit dem Monopol im Zusammenhang stehenden „Übeltaten“ – *facinora* – ohne Furcht anzuzeigen, wobei er für die gerichtlichen Kosten nicht aufkommen muss. Für den Fall des Verstosses gegen die Verfügungen der Constitutio wird entweder eine Vermögenskonfiskation oder eine Verurteilung zu ewiger Verbannung vorgesehen. Die Vorsteher der Handwerker sind auch mit einer Geldbusse – 50 Pfund Gold – zu belegen, wenn sie in der Zukunft ent-



weder zur Festsetzung der Warenpreise oder sonst zu unerlaubten Verabredungen zusammengekommen sollten, um sich zu dergleichen Verträgen zu verpflichten. Darauf, wie ernst der Kaiser die Zurückdrängung des Alleinhandels bzw. des Monopols gemeint haben mag, weist der Umstand hin, dass auch die Präfecten mit einer Strafe – u. zw. 40 Pfund Gold – zu rechnen haben, wenn sie bezüglich des untersagten Alleinhandels und der verbotenen Verabredungen der „Preiskartelle“ – im Text ist von den *corpora* die Rede – gefällte Verurteilungen aus Bestechlichkeit oder aus Falschheit (*dissimulatio*) oder aus irgendeiner anderen Pflichtwidrigkeit nicht gehörig vollstrecken sollten.

Der reichhaltige Tatbestand dieser kaiserlichen *Constitutio* ist sowohl für die Einschränkungen des Monopols als auch für das Kartellverbot aufschlussreich. Im krassen Gegensatz zum Mittelalter gab es im Imperium Romanum keine Verleihung von Monopolen. Kaiser Zeno ist daran bestrebt, dass keinerlei Verleihung irgendwelcher Art zum Alleinhandel bzw. zu einer Monopolstellung führen dürfte. Die *Constitutio* erfasst jegliche Art von Privatmonopolen im Handels- und Industriebereich. Ausserdem wird auf alle Monopole, die aufgrund kaiserlicher Verleihung oder irgendwelcher anderer schon früher gewährter oder künftig zu gewährender Konzession bestehen, Rücksicht – in Form eines generellen Verbotes – genommen. Im oströmischen Reich beabsichtigte Kaiser Zeno alle alten Privilegien abzuschaffen. Darüber hinaus übernimmt er die Gewährleistung dafür, dass künftighin Vorrechte solcher Art nicht mehr errichtet werden würden.

Im Bereich der Kartelltatbestände verdient das Wort „*coniuraret*“ Beachtung. Die „*conspiracy*“ des US-Antitrustrechts hat – jedenfalls in sprachlicher Hinsicht – demgemäss eine entsprechende Konstruktion in dieser *Constitutio* von Kaiser Zeno.<sup>52</sup> Im wesentlichen wird das Preiskartell definiert, als gesagt wird, die Verabredung dürfe nicht darauf abgestellt sein, dass verboten wird, Waren billiger zu verkaufen bzw. anzubieten, als dies vereinbart wurde.

Besonders ausführlich behandelt wird in der *Constitutio* das Baugewerbe. Es lässt sich vermuten, dass in diesem Bereich Absprachen unter den Unternehmern besonders häufig vorkamen. Die *Constitutio* erfasst bei den Bauunternehmern nicht bloss die Preisvereinbarungen, sondern auch die Absprachen darüber, dass von einem Unternehmer begonnene Arbeiten nicht von einem anderen Unternehmer fortgesetzt werden sollen. Es gibt Anzeichen dafür, dass es in den Vereinbarungen gegen die „Aussenstehenden“ sogar boykottähnliche Sanktionen gab. Das Festsetzen von Preisen wird weiterhin den Vorstehern der Handwerker bzw. deren Organisationen („*ceterarum professionum primates*“) untersagt. Das ist unseres Erachtens ein klarer Beweis dafür, dass es „Neigungen“ zu Absprachen nicht nur unter den einzelnen Handwerkern bzw. Unternehmern, sondern auch unter deren Organisationen gab.

In der *Constitutio* von Kaiser Zeno werden Erscheinungen aller Art, die an eine Kartellbildung erinnern, durch strenge Massnahmen bzw. Strafen bekämpft. Während in den zwei, näher analysierten Ulpianstellen

ausschliesslich der Preissteigerung Rechnung getragen wurde, ist hier schon eine Bekämpfung von kartellähnlichen Erscheinungen auf allen Ebenen und Bereichen vorhanden.

### III.

1. Die im zweiten Teil der Abhandlung untersuchten Quellen beweisen, dass bei den Römern die rechtliche Regelung auf entsprechende Weise auf die wirtschaftlichen Anforderungen bzw. „Herausforderungen“ reagierte. Diese juristische Reflexion soll aber etappenweise erfolgt sein. Die kartellähnlichen Erscheinungen sind zunächst mal in einem ganz speziellen Bereich – im Terrain der Versorgung Roms mit Getreide – bekämpft worden. Dieser Wirtschaftszweig war auch in politischer Hinsicht von allergrösster Bedeutung. So ist es nicht dem reinen Zufall zuzuschreiben, dass zunächst gerade in diesem Bereich eine radikale juristische Regelung sichtbar wird. Bald werden aber die Bestrebungen zur Preissteigerung auch im allgemeinen – d. h. in bezug auf Waren jeder Art – mit drastischen strafrechtlichen Massnahmen bekämpft. Jahrhunderte müssen aber vergehen, bis ein „absolutes“ Kartellverbot, welches Kartellbildungen aller Art erfasst, entsteht. Dieses generelle Kartellverbot beschränkt sich in territorialer Hinsicht – nach dem Verfall des Weströmischen Reiches – auf die eine Hälfte des Imperium Romanum. Das ändert aber nichts daran, dass dessen Keime in der Epoche der ausgehenden Republik liegen.

2. Die Regelung des Kartellrechts war durch die Entwicklung der Wirtschaft notwendig geworden. Um die wachsende wirtschaftliche Macht der kartellähnlichen Organisationen, Ringbildungen oder sonstigen Vereinigungen einzudämmen, bedurfte man in Rom strenger Massnahmen, die Vorkehrungen strafrechtlicher Art darstellten. Diese aussergewöhnliche Schärfe des staatlichen Eingriffs hat die mit der politischen Sphäre verbundene wirtschaftliche Situation unvermeidlich gemacht. Die Anwendung von rein privatrechtlichen Massnahmen bzw. Sanktionen wäre nicht ausreichend gewesen.<sup>53</sup> Die Zulassung von Kartellen bzw. kartellähnlichen Organisationen, die notwendigerweise zu einer vertraglichen Aufteilung des Marktes unter wenigen Unternehmen geführt hätte, hätte für das ganze Wirtschaftsleben verheerende Folgen gehabt. Das entschlossene und konsequente Reagieren des Staates auf das Erscheinen von „Kartellen“ wobei nicht einmal auf die „Vertragsfreiheit“ bzw. „Privatautonomie“ der vertragsschliessenden Parteien Rücksicht genommen wurde, ist ein klarer und eindeutiger Beweis für das enge Verwobensein von Wirtschaft und Recht bei den Römern.



## FUSSNOTEN

\* Diese Abhandlung habe ich während meines Forschungsaufenthaltes — mit einem Stipendium der Humboldt-Stiftung — im Institut für Römisches Recht der Universität zu Köln geschrieben. Herrn Professor Andreas Wacke, dem Direktor des Instituts, bin ich für die wertvollen Hinweise dankbar.

<sup>1</sup> „Der Interdiktenbesitz des Pfandgläubigers hat vielleicht geschichtliche, jedenfalls aber praktische Gründe, weil der Pfandgläubiger zuweilen stärker an der Erhaltung des Besitzes interessiert ist als der Verpfänder“ — schreibt Kaser hinsichtlich des Interdiktenbesitzes des Pfandgläubigers. S. Kaser, M., Das Römische Privatrecht. Erster Abschnitt. Das altrömische, das vorklassische und klassische Recht, 2. neub. Aufl. München, 1971 S. 389.

<sup>2</sup> S. Kaser, RPR I<sup>2</sup> S. 389.

<sup>3</sup> S. noch diesbezüglich Seidl, E., Moderne zivilrechtliche Lehren als Erkenntnis-mittel der Rechtsgeschichte, in: Das deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts (Festschrift H. Lehmann), I Berlin — Tübingen — Frankfurt am Main, 1956 S. 98.

<sup>4</sup> Die juristische Argumentation findet sich sowohl bei Kaser als auch bei Seidl. Vgl. Kaser, RPR I<sup>2</sup> S. 389 und Seidl, Moderne zivilrechtliche Lehren S. 98.

<sup>5</sup> Vgl. Kaser, RPR I<sup>2</sup> S. 388.

<sup>6</sup> Die Tatsache, dass gegebenenfalls auch Ritter und Senatoren unter den Mietern zu finden waren, ändert an der Richtigkeit dieser Behauptung nichts. In den Mietkasernen (insulae) wohnten ab Ende der Republik auch wohlhabende Bürger und nicht nur arme Leute. Vgl. Calza, G., Le cose d'affitto in Roma antica (Nuova Antologia di lettere, sc. ed. arti. VI ser. tom. 183/1916). Dieses Werk war für mich nur im Form eines Berichtes von Stoll (Stoll, H., Übersicht über die italienische Rechtsliteratur, Zeitschrift der Savigny-Stiftung (Rom. Abt.) 47/1927) S. 528 zugänglich. Vgl. noch Beck, A., Zur Entstehung des römischen Mietvertrags, in: Festschrift H. Lewald, Basel, 1953 S. 9 f.

<sup>7</sup> Vgl. Sohm, R., Über Begriffsjurisprudenz, in: Festgabe der Deutschen Juristen-Zeitung zum 500 jährigen Jubiläum der Universität Leipzig, Berlin, 1909 S. 171 ff.

<sup>8</sup> S. Sohm, Über Begriffsjurisprudenz S. 172.

<sup>9</sup> S. Sohm, Über Begriffsjurisprudenz S. 172.

<sup>10</sup> Hinsichtlich der Entstehungsgeschichte der Begriffs- oder Konstruktionsjurisprudenz s. Wieacker, Fr., Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. neub. Aufl. Göttingen, 1967 S. 320; 433 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Wieacker, Fr., Die juristische Sekunde. Zur Legitimation der Konstruktionsjurisprudenz, in: Existenz und Ordnung (Festschrift E. Wolf), Frankfurt am Main, 1962 S. 445.

<sup>12</sup> S. Seidl, Moderne zivilrechtliche Lehren S. 97.

<sup>13</sup> Müller-Erbach hat in der Literatur als erster auf die Abhängigkeit der Rechts-sätze von der Machtlage hingewiesen. S. Müller-Erbach, R., Die Rechtswissenschaft im Umbau, München, 1950 S. 48 ff.

<sup>14</sup> „Multa autem iure civili contra rationem disputandi pro utilitate communi recepta esse innumerabilibus rebus probari potest . . .“ (D. 9, 2, 51, 2 — Iulianus).

<sup>15</sup> Ansatzweise s. Seidl, E., Die Machtlage bei den römischen Juristen, in: Studien zum kausalen Rechtsdenken (Festschrift R. Müller-Erbach), München-Pasing, 1954 S. 104 ff., ders., Prolegomena zu einer Methodenlehre der Römer, in: Aktuelle Fragen aus modernem Recht und Rechtsgeschichte (Gedächtnisschrift R. Schmidt), Berlin, 1966 S. 359 ff. und Betti, E., Zum Problem der Gefahrtragung bei nichtsynallagmatischen Schuldverhältnissen, in: Aktuelle Fragen (Gedächtnisschrift R. Schmidt) S. 379 ff.

<sup>16</sup> Dies ist der Fall z. B. im D. 19, 2, 13, 7 (Ulpianus), wo der von einem feindlichen Heer davonlaufende Pächter für den entstehenden Schaden, der durch seine Flucht bedingt ist, dem Verpächter haftet. Die Wendung „si resistere potuit et non resistit“ deutet darauf hin, dass er in dem Falle haftet, wenn es in seiner Macht lag, zu bleiben und Widerstand zu leisten. Vgl. Seidl, Die Machtlage S. 108 f.

<sup>17</sup> Vgl. Wenger, L., Die Quellen des römischen Rechts, Wien, 1953 S. 910.

<sup>18</sup> Dieser Gegensatz lässt sich nach Kaser auf die „elastische Rechtsfindung“ der Römer schwerlich übertragen. S. Kaser, RPR I<sup>2</sup> S. 212. Anders Seidl (Die Machtlage S. 104 ff. und Moderne zivilrechtliche Lehren S. 97 ff.)

<sup>19</sup> Vgl. Kaser, RPR I<sup>2</sup> S. 212.

<sup>20</sup> Vgl. Pekary, Th., Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike, Wiesbaden, 1976 S. 96 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Pekary, Die Wirtschaft S. 97.

<sup>22</sup> Vielmehr kann man von den sog. Berufsvereinigungen sprechen, die noch keine Handelsvereine sind. Vgl. Pekary, Die Wirtschaft S. 98.

<sup>23</sup> „Business life throughout the history of the Greco-Roman world remained wholly individualistic.“ S. Rostovtzeff, M., The social and economic history of the Roman empire, 2. ed. rev. by P. M. Fraser, I Oxford, 1957 S. 171.

<sup>24</sup> Eine gewisse Ausnahme davon bildeten die Handelsvereinigungen in Palmyra. S. Rostovtzeff, The social and economic history S. 171 f. Hinsichtlich der Anfänge des collegium mercatorum oder Mercurialium s. Waltzing, J. P., Études historiques sur les corporations professionnelles chez les Romains I Hildesheim – New York, 1970 (Nachdruck der Ausgabe Brüssel 1896) S. 35, 41, 74, 82, 101 und 203.

<sup>25</sup> Plut. Cato 21, 6–8.

<sup>26</sup> Vgl. noch Heichelheim, Fr. M., Wirtschaftsgeschichte des Altertums II Leiden, 1969 (Neudruck der 1938 Ausgabe) S. 502 f. und ders., An ancient economic history II Leiden, 1970 S. 77, 84.

<sup>27</sup> Hinsichtlich der Frage des Verhältnisses zwischen dem Staat und der Wirtschaft in der Antike vgl. Finley, M. I., Die antike Wirtschaft, München, 1977 S. 179 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Rougé, J., Recherches sur l'organisation du commerce maritime en méditerranée sous l'empire romain, Paris, 1966 S. 465 f.

<sup>29</sup> Eine Übersicht der Sekundärliteratur findet sich bei Heichelheim, Wirtschaftsgeschichte III S. 1150.

<sup>30</sup> S. zusammenfassend Herlitzka, N., Bemerkungen zur historischen Entwicklung von Kartellen, in: Kartelle in der Wirklichkeit (Festschrift M. Metzner), Köln – Berlin – Bonn, 1963 S. 116 ff.

<sup>31</sup> Die Übersicht der Literatur s. bei Brunn, J. H., Vom Kartellrecht der Römer, in: Recht und Wirtschaft (Festschrift J. W. Hedemann), Berlin, 1958 S. 47 ff.

<sup>32</sup> Captivi, 3, 1, 32 ff. Das Schauspiel, worüber Lessing so enthusiastisch urteilte („Die Gefangenen sind das schönste Stück, das jeweils auf die Bühne gekommen ist...“) kann unseres Erachtens schon mit Rücksicht auf seinen griechischen Ursprung hinsichtlich des Kartellverbots nicht besonders aufschlussreich sein. Dies wird nicht einmal durch den aussergewöhnlich ernsten Charakter des Stückes widerlegt. Vgl. Ludwig, W., Nachwort u. Anmerkungen, in: Antike Komödien Plautus/Terenz, Darmstadt, 1975 II S. 1347 f. und 1428. S. noch Liv. 38, 35.

<sup>33</sup> Hinsichtlich des modernen Zivilrechts vgl. Biedenkopf, K. H., Über das Verhältnis wirtschaftlicher Macht zum Privatrecht, in: Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung (Festschrift Fr. Böhm) S. 113 ff.

<sup>34</sup> D. 48, 12, 2 (Ulpianus); D. 47, 11, 6 (Ulpianus); CJ. 4, 59, 2.

<sup>35</sup> Dieses Werk von Ulpian fügt sich in die Reihe der sog. „Handbücher für den Dienstgebrauch“ (Kaser) ein, die meistens in der Severerzeit verfasst worden sind. Schriften größeren Umfangs über die Aufgabenkreise von den Staatsmännern, die höhere Ämter bekleiden, sind für diese Epoche typisch. Vgl. Kaser, M., Römische Rechtsgeschichte, 2. neub. Aufl. Göttingen, 1967 S. 184, 196. Hinsichtlich der Laufbahn des Juristen s. Kunkel, W., Herkunft und soziale Stellung der römischen Juristen, 2. Aufl. Graz – Wien – Köln, 1967 S. 245 ff.

<sup>36</sup> Die „Lex Iulia de annona“, die entweder noch unter Caesar oder spätestens unter Augustus entstanden ist, ist in Originalform nicht überliefert. Vgl. Rotondi, G., Leges publicae populi romani, Hildesheim, 1962 (Nachdruck der Ausgabe Milano, 1912) S. 448.

<sup>37</sup> Vgl. Kunkel, Herkunft und soziale Stellung S. 246.

<sup>38</sup> Dies entspricht 2000 Sesterzien. S. Mommsen, Th., Römisches Strafrecht, Graz, 1955 (Nachdruck der Ausgabe Leipzig, 1893) S. 852 Anm. 7. Mommsen vertritt die Meinung, dass dieses Gesetz wahrscheinlich noch auf Caesar zurückgeht. op. cit. S. 851 f.

<sup>39</sup> Vélissaropoulos, J., Les naulères grecs. Recherches sur les institutions maritimes en Grèce et dans l'Orient hellénisé, Genève – Paris, 1980 S. 137 ff.

<sup>40</sup> Hinsichtlich der Bedeutung der annona s. Heumann, H. – Seckel, E., Handlexikon der Quellen des römischen Rechts, 10. Aufl. Graz, 1958 S. 33.



<sup>41</sup> Vgl. Rougé, J., *Recherches sur l'organisation du commerce maritime en méditerranée sous l'empire romain*, Paris, 1966 S. 466 f.

<sup>42</sup> Plin. d. J. Paneg. 29, 3–5. S. noch Rougé, *Recherches* S. 466 f.

<sup>43</sup> Plin. d. J. Paneg. 29, 5.

<sup>44</sup> Plin. d. J. Paneg. 29, 5.

<sup>45</sup> Auf eine *licitatio* deutet der im Text befindliche Hinweis „... *inter licentem*...“ hin. S. Heumann – Seckel, *Handlexikon* S. 316 f.

<sup>46</sup> S. Mommsen, *Römisches Strafrecht* S. 851.

<sup>47</sup> S. z. B. D. 14, 5, 8 (Paulus). In dieser Quelle geht es um einen entflohenen Sklaven, der sich als *institor* auch mit Getreidehandel befasste, ohne jedoch dazu aufgrund einer *praepositio* befugt bzw. ermächtigt zu sein. Der *praefectus annonae* gibt das Klagerecht, in Form einer *actio institoria*, dem Dritten – dies ist die von der allgemeinen Regel abweichende Regelung –, der bei diesem Vertragsabschluss einen Schaden erlitt, direkt gegen den Eigentümer des Sklaven. Vgl. Hamza, G., *Zur Frage der gewillkürten Stellvertretung im klassischen römischen Recht*, in: *Annales Univ. de Rol. Eötvös nom. Sectio Juridica*, tom. 21(1979) S. 26 f.

<sup>48</sup> Hinsichtlich des *Dardanariats* s. den kleinen Artikel von Hitzig in: *Paulys Real-Encyklopädie der classischen Altertumswissenschaft*, hrsg. von G. Wissowa, Bd. 4 Stuttgart, 1091 S. 2154.

<sup>49</sup> Hinsichtlich der Gerichtsbarkeit, die sich auf die Verfolgung dieser Straftaten bezog, s. Mommsen, *Römisches Strafrecht* S. 852. Aus der älteren Literatur vgl. Rein, W., *Das Kriminalrecht der Römer von Romulus bis auf Justinian*, Darmstadt, 1962 (Neudruck der Ausgabe Leipzig 1844) S. 829.

<sup>50</sup> Vgl. Rein, *Das Kriminalrecht* S. 788.

<sup>51</sup> S. Brunn, *Vom Kartellrecht der Römer* S. 56 f.

<sup>52</sup> Vgl. den Wortlaut des § 1 des Sherman-Act v. J. 1890.

<sup>53</sup> Im krassen Gegensatz zum modernen Privatrecht, vor allem auf dem europäischen Kontinent. Vgl. Biedenkopf, *Über das Verhältnis* S. 113 ff.

## VIE ÉCONOMIQUE ET DROIT DANS L'EMPIRE ROMAIN

(Une esquisse sur la législation romaine concernant les cartels)

par

PROFESSEUR AGRÉGÉ DR. GÁBOR HAMZA

Résumé

Dans l'introduction de son étude l'auteur accentue que l'analyse des institutions de droit romain doit être basée sur les fonds économiques et sociaux. En ce qui concerne le terrain des sources de droit romain on doit attribuer à l'« *Interessenjurisprudenz* » – au domaine de leurs analyses – un rôle important. L'auteur fait la critique des ouvrages dont les auteurs fondent leurs recherches sur la „*Begriffjurisprudenz*“ qui a dominé la jurisprudence et la pratique juridique allemande.

Dans le deuxième chapitre de l'étude l'auteur traite la question de l'influence de l'état – en ce qui concerne les moyens juridiques – sur la vie économique. Selon son avis les recherches qui ont été faites jusqu'à présent ne sont pas suffisantes. L'auteur conclut que l'état romain eût besoin de l'aide des organisations commerciales au domaine du ravitaillement avec blé i. e. céréales de la population de Rome. Quelques tendances monopolistiques se montraient au domaine du commerce avec le blé très tôt du côté des organisations au-dessus mentionnées. De cette façon l'état eût l'obligation d'intervenir dans l'activité de ses organisations commerciales. De moyen juridique a servi la « *Lex Iulia de annona* » que l'auteur analyse à la base de deux fragments – D. 48, 12, 2 (Ulpianus) et D. 47, 11, 6, pr. (Ulpianus) – en détail. De manière détaillée est encore analysée la fameuse *constitutio* de l'empereur Zeno (CJ. 4, 59, 2) étant en rapport avec les restrictions juridiques du côté de l'état.

Dans le chapitre dernier l'auteur fait la conclusion que l'état romain faisait entrer en considération les intérêts de la vie économique qui est bien prouvé par le fait de l'intervention — par moyens juridiques — de l'état au domaine de l'économie.

## ECONOMY AND LEGAL REGULATION IN THE ROMAN EMPIRE

(An essay to the Roman „Antitrust-Law”)

by

ASSOCIATE PROFESSOR DR. GÁBOR HAMZA

### Summary

In the introductive part of the paper the author emphasises that the institutions of the Roman law can be analysed only by taking into consideration the social and economical backgrounds. On the field of the analysis of the sources of the Roman law plays — the author continues — also the so called “Interessenjurisprudenz” a role. He criticizes those scholars who are basing their research on the so called “Begriffsjurisprudenz” dominating in the German legal literature as well as in the jurisdiction.

In the second chapter of his study the author analyses the question of the influence of the state — by legal means — on the sphere of the economical life. He is of the opinion that research work done on this domain till now cannot be considered as satisfying. The author draws the attention to the fact that the Roman state needed the help of the private commercial organisations by providing with food — first of all with corn i. e. cereals the population of Rome. Some tendencies of monopolising the corn-trade appeared very early within the above mentioned organisations. In such a way the state had to interfere in the activity of these organisations. As legal mean served the “Lex Iulia de annonae” which is dealt with in detail on the basis of D. 48, 12, 2 (Ulpianus) and D. 47, 11, 6, pr. (Ulpianus). In connection with the restrictions from the side of state follows the detailed analysis of the famous constitutio of emperor Zeno which is contained in CJ. 4, 59, 2.

In the last part of the paper the author comes to the conclusion that the Roman state took into account the demands of the economical life which is proved by the statal intervention — by means of the legal regulation — in the sphere of economy.